

## Dortmunds Ausweg aus der Schuldenfalle geht nach links

Auch Kommunen sollten eigentlich Kredite nur aufnehmen zur Finanzierung von Investitionen in die Zukunft. Allerdings „rechnen“ sich kommunale Investitionen nicht so eindeutig wie bei Privatunternehmen. Während diese ihre Investitionskredite aus den mit ihnen erzielten zukünftigen Gewinnen tilgen, dürfen kommunale Investitionen im allgemeinen gar keine Gewinne abwerfen, sondern allenfalls indirekt, z.B. über einen Imagegewinn der Stadt, deren Steuereinnahmen erhöhen.

Kommunale Schulden sind also kein generell verwerflicher Sündenfall, wie die neoliberalen Feinde des Sozialstaats uns seit Jahrzehnten einreden. Sondern es kommt ganz darauf an, was die Politik mit den Krediten finanziert.

Die Stadt Dortmund hat den sogen. „Strukturwandel“ (von Kohle, Stahl und Bier zu Dienstleistungen und „Hitech“) unter anderem damit beantwortet, dass sie sich für Hunderte Millionen Euro kreditfinanzierte protzige „Leuchttürme“ hinstellte, von denen sie sich Imagegewinne verspricht, eine breite Mehrheit der Bevölkerung aber ahnte schon früh, und die linke Opposition sprach es aus, dass sie nie und nimmer zu Mehreinnahmen führen, sondern zu Lasten der Allgemeinheit gehen würden. Hierzu gehören v.a. der Flughafen, das Konzerthaus, das Dortmunder U, der Phoenixsee, der „Boulevard“ Kampstrasse. Zusammen binden diese „Leuchttürme“ mehr als die Hälfte der Investitionskredite der Stadt und ihrer Töchter, ohne dass abzusehen wäre, ob – wann – und wie sie sich jemals in höheren Steuereinnahmen auszahlen. Einige von ihnen erwiesen sich auch schon als Investitionsruinen, die nur mit Dauersubventionen überleben können.

So richtig fatal wird es aber, seit die Kommunen dazu übergingen – etwa seit dem Jahr 2000 – nicht mehr nur Investitionen zu beleihen, sondern auch ihre laufenden konsumtiven Ausgaben auf Pump zu finanzieren.

Die Ursache ist, dass neoliberale Politik die Kommunen in eine Schuldenfalle treibt, indem sie ihnen per Gesetz immer mehr Pflichtaufgaben zuweist, ohne die ausreichenden Finanzmittel mitzuliefern.

Das ist durchaus gewollt. Auch die öffentlichen Schulden bei Privatbanken sind eine Form der Privatisierung öffentlichen Vermögens. Begünstigt dadurch, dass die Zinssätze im Moment extrem niedrig liegen wegen der Bankenkrise, weisen die Bankschulden der Stadt die höchste Steigerungsrate von allen Posten im Haushaltsplan 2011 auf. Die Herren Ackermann und Co. profitieren also überproportional gut an der gewollten Notlage der Kommunen.

Das geht inzwischen soweit, dass die Stadt Dortmund z.B. ihre Schulgebäude nur noch instand halten kann, indem sie sich durch „PPP“-Verträge an private Investoren verschuldet.

Seit etwa 10 Jahren sind die laufenden Überziehungskredite der Stadt von null auf 1,2 Mrd € geradezu explodiert und übertreffen inzwischen bei weitem die Investitionskredite. Ohne diese Kurzfristschulden könnte die Stadt ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen.

So haben wir heute einen Zustand, in dem der „Konzern Stadt Dortmund“ tatsächlich so viele Schulden aufgehäuft hat, dass sein gesamtes Eigenkapital nicht mehr ausreichen würde, um sie abzutragen. Jeder echte Konzern wäre damit längst pleite.

Unsere Kommunalpolitiker aber dürfen Jahr für Jahr zwischen 60 und 80 Mio € an Zinsen den Gläubigern herüberschieben, vorne weg einer Handvoll Großbanken.

Und sie dürfen diese selbst mitverschuldete Überschuldung auch noch als Ausrede benutzen, um die sozialen Leistungen der Stadt immer mehr zusammenzustreichen. Aber aus der Schuldenfalle führt kein noch so rabiates Kürzungs- und Sparregime heraus. Die Schulden der Stadt Dortmund und ihrer Töchter übersteigen seit dem Jahr 2007 die Höhe eines ganzen städtischen Jahreshaushalts. Und in jedem Jahr kommen durchschnittlich 140 Mio € an neuen Schulden oben drauf. Soviel könnte gar nicht laufend eingespart werden, ohne dass die Stadtverwaltung funktionsunfähig würde.

In dieser Lage sind auch wir LINKEN sehr für einen Schuldenabbau. Aber dort, wo die Schulden gemacht werden, also nur zu Lasten der oberen Zehntausend. Deshalb haben wir schon mehrfach im Dortmunder Stadtrat beantragt:

- Sofortige Erhöhung des Hebesatzes auf die Gewerbesteuer, mindestens bis zum Durchschnitt der anderen Kommunen an Rhein und Ruhr.
- Sofortiges Aussetzen der Schuldendienste an die Banken als erster Schritt zu einem Zinsmoratorium und einem schrittweisen Schuldenerlass.

Zu fordern ist darüber hinaus:

- ein robustes, bis zum Streik gehendes Beharren auf dem Konnexitätsprinzip (dass „wer anschafft, auch zahlt“).
- ein eigenes Insolvenzrecht der Kommunen, das sie wie jeden überschuldeten Privathaushalt von untragbaren Lasten befreit.

So radikal diese Forderungen klingen, so radikal sind heute schon die Kirchen, z.B. mit ihrer Kampagne zum „Erlassjahr 2000“ zugunsten überschuldeter Staaten der Dritten Welt. Selbst in der EU erwägt man heute einen „Haircut“, d.h. einen teilweisen Schuldenerlass für das überschuldete Griechenland. Was im Fall notleidender Länder recht ist, sollte für unsere Stadt nicht mehr als billig sein.

– Allerdings rührt die Forderung nach einem Schuldenerlass ans allerheiligste Recht des Kapitals, sich ganz legal an der Allgemeinheit zu bereichern. Folglich hat sie alle gegen sich, die den Banken unsere Stadtkasse ausliefern.

Aber wer es nicht soweit kommen lassen will, dass unsere Kommunen in Schulden, Müll und Slums ersticken wie die Städte der Dritten Welt, darf der Konfrontation mit den Mächtigen nicht ausweichen.

Wolf Stammnitz  
20.02.2011